

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

279 (29.11.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgan

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Donnerstag, den 29. November 1951

Nr. 279

Amnestie für 45 Landsberger

Frankfurt (UP). Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Handy, hat eine Weihnachtsamnestie erlassen, nach der 45 nicht namentlich genannte Landsberg-Häftlinge vorzeitig entlassen werden sollen. Es handelt sich um Deutsche, die in verschiedenen „Kriegsverbrecher-Prozessen“ zu Haftstrafen verurteilt worden sind und normalerweise erst in den letzten Tagen des Jahres oder Anfang Januar 1952 die Freiheit wieder erhalten hätten. Die Entlassungen erfolgen in vier Gruppen, beginnend am 30. November.

Lebenslanglich für deutschen Soldaten

Paris (UP). Der ehemalige deutsche Heeresdolmetscher Schaad wurde vor einem Pariser Militärgericht wegen Forderung und Tötung französischer Widerstandskämpfer zu lebenslanglichem Gefängnis verurteilt. Schaad, ein gebürtiger Stuttgarter, war während des zweiten Weltkrieges Dolmetscher bei der 340. Infanteriedivision in Landerneau (Finistère). Er wird im einzelnen beschuldigt, sich in den Jahren 1943 bis 1944 freiwillig an den Fahndungsaktionen der dortigen Gestapo beteiligt und gefangene Widerstandskämpfer geschlagen zu haben. Weiter wird er beschuldigt, Aussagen durch Anwendung elektrischer Schocks erzwungen und mehrere Gefangene getötet zu haben. Der Angeklagte wies sämtliche Punkte der Anklage zurück und erklärte, daß einzig und allein der Leiter der Gestapo für die Mißhandlungen und Erschießungen verantwortlich gewesen sei. Der Leiter der Gestapo, SS-Untersturmführer Krüger, konnte nicht vernommen werden, da sein Fall niedergeschlagen wurde.

Churchill will eine Heimwehr

100 000 Mann zur Verteidigung Englands
London (UP). Der Labour-Abgeordnete Maurice Edelman fragte die Regierung im Unterhaus, ob Ministerpräsident Churchill nach der Rede des Innenministers Maxwell Fyfe in Straßburg den Gedanken an eine Europa-Armee aufgegeben habe. Staatssekretär Nutting antwortete, daß er nicht in der Lage sei, eine Frage über die britische Beteiligung an einer westeuropäischen Armee ohne Voranmeldung zu beantworten. Das Unterhaus verabschiedete den Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Japan. Er wurde mit 382 gegen 33 Stimmen angenommen. Anschließend wurde das Gesetz über die Aufstellung einer „Home Guard“ feine Art Heimwehr in Stärke von 100 000 Mann weiter beraten, nachdem das Unterhaus bereits am Dienstag eine Nachsitzung von 20 Stunden und 20 Minuten Dauer abgehalten hatte. Die Labour Party ist gegen die Schaffung einer solchen Truppe, weil sie angeblich Unruhe unter der Bevölkerung schaffe und der Wirtschaft Arbeitskräfte entziehe. Die Konservativen behaupten das Gesetz sei nötig, da die Entsendung von britischen Truppen nach Deutschland und dem Nahen und Fernen Osten den Schutz der Insel gefährde.

NATO-Konferenz bis Februar vertagt

Wichtige Probleme unentschieden geblieben — Ausklang der römischen Tagung

Rom (UP). Die Außenminister der zwölf Atlantikpakt-Staaten, denen es in Rom nicht gelungen ist, sich auch nur über einige der akuten Fragen zu einigen, forderten zum Abschluß ihrer Tagung die möglichst rasche Aufstellung einer europäischen Armee unter Beteiligung der Bundesrepublik. Aus ihrem Kommuniqué geht hervor, daß die Bearbeitung sämtlicher wichtiger Fragen bis zur nächsten Tagung am 2. Februar in Lissabon verschoben wurde.

Trotz dieses enttäuschenden Ergebnisses versichern die Minister in ihrem Kommuniqué, daß sie nach wie vor am Plan einer gemischten europäischen Armee festhalten und davon überzeugt sind, daß dieser Plan sich nicht nur verwirklichen läßt, sondern sogar sehr schnell verwirklicht werden muß. In einer Preskonferenz betonte der italienische Ministerpräsident de Gasperi den defensiven Charakter der NATO, während der britische Außenminister Eden meinte: „Was uns anbelangt, so halten wir es nicht für unbedingt notwendig, mit der Aufnahme von Verhandlungen so lange zu warten, bis wir hinreichend ausgerüstet sind. Wir sind bereit, schon jetzt mit jedermann über sämtliche Fragen zu sprechen, wir werden uns aber nicht in ideologische Propagandaschlachten einlassen. Großbritannien ist bereit, bei der Anbahnung der europäischen Einheit in allen Stadien so eng wie nur möglich mitzuwirken.“

Die im Abschlußkommuniqué erwähnten noch offenen Probleme sind:

Auf militärischem Gebiet: Solange die Wirtschaftsbefugnis Harrimans und seiner britischen und französischen Kollegen nicht vorliegt, kann der Ministerrat nicht den „Eisenhower-Plan“ endgültig billigen. Die von ihm bis Ende 1952 vorgesehene Aufstellung eines stehenden Heeres von 30 bis 40 Divisionen und bis 1954 einer Armee von 100 Divisionen wird von einigen europäischen Ländern für unerfüllbar gehalten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet: Mit der Unterstützung wie Zivil- und Eisenwirtschaft

Annäherung zwischen Regierung und DGB

Teilerfolg bei der jüngsten Aussprache — Hauptprobleme immer noch offen

Bonn (UP). Zwischen Vertretern der Bundesregierung und des Gewerkschaftsbundes ist bei verschiedenen Grundsatzproblemen eine Annäherung erreicht worden. Laut Kommuniqué wurde in wesentlichen Fragen des Aufbaus und Aufgabenbereichs der überbetrieblichen Mitbestimmungsorgane eine grundsätzliche Einigung erzielt.

An der jüngsten Aussprache der Verhandlungspartner am Mittwoch nahmen Bundeskanzler Dr. Adenauer, Vizekanzler Blicher und die Minister Erhard und Storch, von denen der DGB dessen Vorsitzender Fette und die Vorstandmitglieder vom Höff, Föcher, Schmidt, Bührig, Dr. Grosse und Sträter teil. Obgleich sie bezüglich der überbetrieblichen Mitbestimmungsorgane zu einer Kompromiß gelangten, besteht nach wie vor Uneinigkeit hinsichtlich ihrer Zusammensetzung. Auch die Diskussion der Frage, ob auf Bezirksebene neue, paritätisch zu besetzende Organe geschaffen, oder die bisherigen Industrie- und Handelskammern auf der Basis der Parität umgebildet werden sollen, konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die gewerkschaftliche Forderung nach Verankerung der Mitbestimmung bei der Neuordnung der IG-Farbenindustrie blieb ebenfalls am Mittwoch ohne Erfolg. Die Besprechungen hierüber sollen mit den interessierten Unternehmenskreisen und den Alliierten fortgesetzt werden. Man hofft, bis Mitte Dezember zu einem Ergebnis gelangt zu sein.

Erwartungsgemäß stand im Mittelpunkt der Erörterungen das Problem des Bundeswirtschaftsrates und seiner Unterorgane, auch die gegenwärtige innen- und außenpolitische Situation wurde besprochen, wobei die Frage

des Preisniveaus in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine wesentliche Rolle spielte. Die Vertreter des DGB wollen über das Ergebnis der Verhandlungen ihrem Bundesausschuß berichten. Hans von Hoff kündigte im Bayerischen Rundfunk eine stärkere politische Aktivität der Gewerkschaften an, die zwar das demokratisch gewählte Parlament anerkennen, jedoch das Recht für sich in Anspruch nehmen wollen, dem Parlament jederzeit ihre Forderungen zu unterbreiten. Wenn in absehbarer Zeit ein „schon bei der Geburt verkrüppeltes“ Betriebsverfassungsgesetz und eine „unzulängliche Regelung der überbetrieblichen Mitbestimmung“ kommen sollten, dann werde das genügen, um dieses Parlament das richtige Zeugnis seiner Leistungen als Grundläge für die nächste Wahl auszustellen.

Im Bundeskanzleramt berieten Vertreter der Koalitionsparteien ein gemeinsames Vorgehen in der Frage des Mitbestimmungsrechts. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Eiler, und der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der CDU, Etsel, erklärten anschließend, ihre Parteien wollten eine einheitliche Haltung der Koalition zum Mitbestimmungsrecht festlegen. Der Entwurf des „Arbeitskreises Mitbestimmung“ beschränkt die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat auf ein Drittel der Sitze. Diese Regelung soll für die gesamte Wirtschaft mit Ausnahme von Kohle und Eisen gelten. Ein strittiger Punkt innerhalb der Koalition ist andererseits die Auswahl der Arbeitnehmer für den Aufsichtsrat. Die CDU ist zum Teil dafür, daß auch Betriebsfremde in den Aufsichtsrat gewählt werden können. Diesen Standpunkt lehnt die FDP jedoch scharf ab.

Bundespakt der Schumanplan-Staaten?

Zur Einleitung einer Europa-Föderation — Bildung europäischer Ministerien

Straßburg (UP). Der Abschluß eines Bundespaktes zwischen den am Schumanplan beteiligten sechs Staaten als Vorstufe zu einer „kleinen europäischen Föderation“ wollen Vertreter der Bonner Regierungsparteien und anderer Montanunion-Länder am Donnerstag in der Beratenden Versammlung des Straßburger Europa-Rates vorschlagen.

Wie man aus Kreisen der deutschen Delegation erfährt, sieht der entsprechende Antrag den Abschluß eines Paktes zwischen allen interessierten Staaten des Europa-Rates zur Schaffung einer gemeinsamen Versammlung vor, aus der eine politische Autorität und damit eine politische Föderation dieser Länder hervorgehen soll. Ob die Föderation im Rahmen des Europa-Rates oder außerhalb gebildet wird, läßt der Antrag noch offen. Die deutsche Delegation hofft, daß sich außer den sechs Schumanplan-Ländern auch

Griechenland und die Türkei einem solchen Paktvorschlagn anschließen.

Der Föderation würden sich andere Staaten assoziieren können. Sie soll sich auf Sonderbehörden und Kommissionen der zuständigen Minister zur Regelung gemeinsamer Probleme stützen. Obwohl die deutschen Sozialdemokraten in Straßburg einen solchen Antrag nicht billigen wollen, haben die Abgeordneten der Bonner Koalitionsparteien zusammen mit Italienern, Franzosen und Luxemburgern auch noch einen weiteren Antrag unterbreitet, der die Einrichtung von sieben europäischen Hochkommissariaten vorsieht. Diese „europäischen Ministerien“ sollen in Fragen der gemeinsamen Außenpolitik, Wirtschaft, Verteidigung, Kultur, Menschenrechte usw. tätig werden, sobald die dafür notwendigen Konventionen abgeschlossen worden sind.

Der sozialdemokratische Delegierte Professor Carlo Schmid sprach sich gegen die „kleine Lösung“ des Zusammenschlusses der sechs Schumanplan-Staaten aus. Der Gedanke der Vereinigung der Staaten von Europa unter Einbeziehung Großbritanniens und der skandinavischen Staaten dürfe nicht aufgegeben werden. Wenn aber nur die Hälfte Europas geeinigt werde, würden sich Briten und Skandinavien „zur anderen Seite“ wenden.

Der britische Innenminister Sir David Maxwell Fyfe erteilte inzwischen in Straßburg eine deutliche Absage an den Plan einer europäischen Föderation, den Schumanplan und die Europa-Armee. Die britische Regierung — so sagte er — sei aus verfassungsmäßigen Gründen nicht in der Lage, Bindungen dieser Art einzugehen. Großbritannien könne wegen seiner Verpflichtungen dem Empire gegenüber keine Regierungsvollmachten an eine europäische Föderation abgeben. Daher sei die Ablehnung dieser Vorschläge unvermeidlich. Maxwell Fyfe betonte jedoch, daß seine Regierung allen europäischen Integrationsvorhaben wohlwollend gegenüber stehe. Die Möglichkeit einer Assoziation mit der Europa-Armee werde von der britischen Regierung geprüft werden, wenn die Organisation tatsächlich geschaffen sei.

Der ehemalige französische Ministerpräsident Reynaud äußerte als erster seine große Enttäuschung über die Rede Maxwell Fyfes und forderte die beschleunigte Bildung der Europa-Armee unter Beteiligung Großbritanniens. Wenn dieses eine Beteiligung ablehne, könnte es dazu führen, daß auch die französische Nationalversammlung das ganze Projekt ablehne. Dann würden die USA zur Aufstellung einer deutschen National-Armee schreiten — wenn die Deutschen dem zustimmen.

Zur Teilnahme an den Debatten der Beratenden Versammlung des Europa-Rates werden Ende der nächsten Woche der italienische Ministerpräsident de Gasperi, der französische Außenminister Schuman sowie von Zeeland (Belgien) und Halvard Lange (Norwegen) in Straßburg eintreffen.

Winston Churchill wird, wie aus London verlautet, wahrscheinlich nach seiner Rückkehr von seiner USA-Reise seinen Posten als Verteidigungsminister abgeben.

Grossbritanniens Nein

Die Krise der Europäischen Föderation

Wiederum werden in der Vollversammlung des Europa-Rates in Straßburg schwungvolle Reden gehalten, deren Inhalt die Idee einer Einheit Europas ist. Aber so viele Wege auch schon zur Erreichung dieses Zieles aufgewiesen wurden, hat es doch den Anschein, als ob keiner von ihnen konsequent zu Ende gegangen würde. Die Regierungen der 14 Teilnehmerstaaten verweigern den „Empfehlungen“ des Rates teilweise ihre Zustimmung, manche Parlamente zögern, und selbst in der Beratenden Versammlung ist kaum noch die Enttäuschung vieler Delegierten zu verbergen, die der fruchtlosen Debatte müde geworden sind.

Gewiß ist die Einheit Europas ein trefflicher Stoff für wohlklingende Deklarationen. Aber das Statut des Europa-Rates brachte es mit sich, daß sie rhetorische Übungen bleiben müssen, solange sie nur Ratschläge darstellen, an die sich niemand zu halten braucht, und den Delegationen das Recht zu Beschlüssen versagt wird. So viele vernünftig erscheinenden Vorschläge sind deshalb nicht über Entwurfs hinausgelangt. Zu ihnen gehören z. B. das alte Problem der Vollbeschäftigung, der Bildung einer Rohstoff-Einfuhrstelle für Europa, der Freizügigkeit des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten, die schrittweise Beseitigung der Zollgrenzen und dergleichen mehr.

In den Herzen aller einigungswilligen Europäer fanden darum die beschwörend vorgetragenen Vorschläge des Belgiers Struye ein lebhaftes Echo. Denn wenn es nicht endlich gelingt, den Straßburger Rat auf ein solides Fundament zu stellen, auf dem in naher Zukunft mit dem Aufbau der schon so lange diskutierten und — theoretisch — von allen Seiten gebilligten Europa-Föderation begonnen werden kann, dann allerdings wäre es nutzlos, weiterhin Geld und Zeit an ein Ideal zu verschwenden, das man vielfach in Paris und grundsätzlich in London nur bereden, aber beileibe nicht verwirklichen möchte.

Englands konservativer Innenminister, Sir David Maxwell Fyfe, hat dennoch den glühenden Appell des Belgiers Struye und des Franzosen Mollet, sich in die europäische Gemeinschaft einzulassen, mit einem zwar brillant dekorierten, aber trotzdem unmißverständlichen Nein beantwortet. Es kann dabei als sicher angenommen werden, daß Sir Davids Rede in Straßburg nicht ohne Wissen und Billigung Churchills vorgetragen wurde, desselben Churchill, der noch vor zwei Jahren die Gründung einer europäischen Union als eine Lebensfrage für alle Völker dieses des Eisernen Vorhangs proklamierte und die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungsarmee als unabdingbares Muß bezeichnete.

Damals stand Churchill in Opposition zu einer Regierung, die zur Begründung ihrer oft unbegreiflichen Außenpolitik einmal das Bekenntnis ablegte, Neuseeland stehe ihr näher als Europa. Gerade deshalb wurde die Regierungsübernahme durch die Konservativen in ganz Westeuropa freudig begrüßt, denn nun durfte man hoffen, Churchill werde die Verwirklichung des von ihm selbst in Straßburg entworfenen Programms mit der bei ihm gewohnten Energie in Angriff nehmen.

Er tat es nicht; im Gegenteil: er lehnte sogar rundweg ab, auch nur im geringsten im Sinne einer europäischen Solidarität aktiv zu werden. Hängt dies etwa mit seinem alten Wunsch zusammen, sich mit Stalin zu einer Aussprache zu treffen, bei der er nicht mit teilweise gebundenen Händen erscheinen möchte? Wenn man die Rede Maxwell Fyfes in Straßburg aufmerksam liest, kann man sich solchen Verdachts nicht erwehren, denn sie enthielt nicht die kleinste Konzession an den Gedanken einer Europa-Union. Zwar meinte er, man dürfe die Vorschläge Struyes nicht ignorieren, seine Regierung stehe der Idee einer Europa-Konferenz positiv gegenüber, da sie der Sache der Einheit Europas dienen wolle.

Aber gerade in jenen Punkten, in denen es darauf ankam, den so höflich bekundeten guten Willen praktisch zu beweisen, lehnte der britische Innenminister jegliche Mitwirkung ab. Er begrüßte wohl den Schuman- und den Pievienplan, aber er will unter keinen Umständen etwas mit ihnen zu tun haben. Nur zur Höben Behörde der geplanten Montanunion möchten die Engländer eine Delegation entsenden, nachdem sie auf den raffinierten Gedanken kamen, auf diese Weise stets über Arbeit und Wirken der Montanunion informiert und überdies in der Lage zu sein, sich in dieses oder jenes Geschäft einzuschalten. Im übrigen — und das ist wohl der Kernsatz der ganzen Rede Maxwell Fyfes gewesen — sei jedoch Großbritannien zur Zusammenarbeit mit der europäischen Gemein-

schaft bereit. Das heißt, in ganz nüchternen Worten ausgedrückt, England betrachtet sich als außerhalb dieser Gemeinschaft stehend; es fühlt sich ihr nicht zugehörig, es will gewissermaßen nur mehr oder minder freundlicher Beobachter der Entwicklung auf unserem Kontinent sein, obgleich dessen Schicksal doch unabwendbar auch das Schicksal Großbritanniens sein wird.

Dieser Schicksalsgemeinschaft ist man sich aber auch in Paris noch nicht im notwendigen Ausmaß bewußt. Zwar gehörten die Franzosen Reynaud und Mollet zu den schärfsten Kritikern Maxwell Fyfes in Straßburg, aber in ihrem eigenen Parlament läuft in diesen Tagen — groteskerweise — der erste praktische Versuch einer Integration Europas Gefahr, eine tödliche Niederlage zu erleiden. Am 6. Dezember steht der Schumanplan auf der Tagesordnung der französischen Nationalversammlung und anschließend soll der Plevinplan diskutiert werden, die beide sowohl von den Kommunisten wie von den Gaullisten abgelehnt werden. Während die Linksradi-kalen in ihnen aggressive Maßnahmen gegen die Sowjetunion erblicken wollen, möchten die Rechtsradikalen nicht auf das jetzige Re-gime der Besatzungsmächte in Deutschland verzichten.

Da diese beiden Parteien allein schon über ein Drittel der Stimmen in der Nationalver-sammlung besitzen, gerät Plevin in eine aussichtslose Situation, wenn sich zu ihnen noch eine größere Anzahl von „Mitläufern“ gesellt. Von mindestens der Hälfte der 42 Ab-geordneten der Bauernpartei, von etwa 10 Unabhängigen und 20 Radikalsocialisten ist dies zu erwarten. Ungeklärt ist noch die Hal-tung der Sozialisten, die zwar ursprünglich an der Ausarbeitung des Schuman- und Ple-vinplans mitwirkten, aber nun plötzlich ent-decken, man dürfe der deutschen „Konkur-renz“ keinen Vorschub leisten. Das Schicksal der europäischen Einigung steht also auch in Paris wieder einmal auf des Messers Schneide. Fk

Wieder Auslieferung von Verbrechern

Ein deutsch-französisches Abkommen
Bonn (UP). Vertreter der Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs haben in Paris einen Vertrag über die Auslieferung von Verbrechern unterzeichnet, der nach dem 8. Mai 1945 Straftaten begangenen haben. Der Vertrag verpflichtet die beiden Parteien, sich gegenseitig diejenigen Personen auszuliefern, die wegen eines nach diesem Zeitpunkt be-gangenen Verbrechens oder Vergehens von einer bestimmten Schwere verfolgt werden oder verurteilt worden sind.

Entsprechend den üblichen Grundsätzen werden die beiden Staaten jedoch weder ihre eigenen Staatsangehörigen noch Personen ausliefern, die wegen politischer Straftaten oder wegen Straftaten, die ausschließlich in der Verletzung militärischer Verpflichtungen bestehen, gesucht werden. Zum letzten Punkt erklärt das Justizministerium, daß die Frage der Deserteure der Besatzungstruppen in die-sen Vertrag nicht behandelt sei. Diese Frage werde durch ein besonderes Übereinkommen, das sich auf das Statut der alliierten Streit-kräfte beziehen soll, geregelt.

55 000 Deutsche können auswandern

Brüssel (UP). Auf der internationalen Konferenz über Fragen der Auswanderung, die zur Zeit in Brüssel stattfindet, erklärte der Delegierte der Bundesrepublik, Dr. von Trutzschler, die Bundesrepublik stelle sich voll und ganz hinter den von den USA vor-gelegten Plan, der 115 000 Europäern gestal-tet, im Laufe des kommenden Jahres aus ihren Heimatländern auszuwandern und in Übersee eine neue Heimat zu finden. Auf Grund dieses Planes sollen 1952 insgesamt 55 000 Deutsche auswandern können. Der deutsche Delegierte betonte, daß die Bundes-regierung die Auswahl und die Überprüfung der Auswanderer nach wie vor in eigener Hand behalten wolle; sie werde die ent-sprechenden Behörden jedoch gern in den Dienst der neuen Organisation stellen. Da Deutsch-land die mit der Auswanderung verbundenen Kosten bis zu dem Zeitpunkt trage, an dem die Auswanderer deutschen Boden verlassen, fühle es sich berechtigt, dies als Beitrag der Bundesrepublik zu den Gesamtkosten des Planes zu betrachten. Der amerikanische Plan ist inzwischen von den Vertretern der sieben beteiligten Länder grundsätzlich gebilligt worden.

Nunmehr 300 000 Obdachlose

Mailand (UP). Im Überschwemmungsge-biet sinkt der Wasserpegel weiterhin lang-sam. Man rechnet damit, daß das Hochwasser innerhalb des nächsten Monats abfließt. Wo das Wasser abläuft, treten jedoch ver-wesende Tierkadaver an die Oberfläche und erhöhen damit die Epidemiefahrer. Aus die-sem Grunde haben die Behörden angeord-net, daß alle im Gebiet von Rovigo zurück-gebliebenen Einwohner eine Anti-Typhus-In-jektion erhalten. Nach glaubwürdigen Schätzungen sollen etwa 20 000 Tierkadaver strom-abwärts treiben. Inzwischen hat sich die Zahl der Obdachlosen auf 300 000 erhöht, 100 000 Hektar Ackerland stehen noch unter Wasser.

In Bristol explodierte ein Tank

Bristol (UP). In einer belebten Gegend von Bristol ereignete sich ein schweres Ex-plotionsunglück, bei dem neun Personen ums Leben kamen, eine Person wird noch vermisst, während 15 Personen mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Ex-pllosion ereignete sich beim Auffüllen eines unterirdischen Benzintanks einer Groß-Tank-stelle. Durch den gewaltigen Druck wurden die über der Tankstelle gelegenen Wohnun-gen völlig zerstört. Eine Garage mit abge-stellten Autos wurde ein Opfer der Flammen. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte den Brand schnell löschen.

McCloy besuchte Adenauer

Buttenwieser reist am Sonntag ab — Türkischer Minister in Deutschland

Bonn (E.B.). Im Palais Schaumburg stat-fete der amerikanische Hochkommissar Mc-Cloy dem Bundeskanzler überraschend einen Besuch ab. Einzelheiten über die Zusammen-kunft wurden nicht bekanntgegeben. Wie verlautet, ist ein Zusammentreffen Dr. Ade-nauers mit den drei Hochkommissaren nach der Rückkehr des Kanzlers von seiner London-reise geplant.

Der stellvertretende US-Hochkommissar Benjamin Buttenwieser, der am kommenden Sonntag nach den USA zurückfliegen wird, schätzte auf einer Pressekonferenz in Bad Godesberg den auf Deutschland entfallen-den Anteil der westeuropäischen Verteidig-ungsausgaben für 1952 auf 12 Milliarden DM. Großbritannien gäbe gegenwärtig 12 Prozent, Frankreich 11 Prozent seines Volkseinkommens für Verteidigungszwecke aus. Auch Westdeutschland müßte imstande sein, mehr als 10 Prozent seines 127 Milliarden be-tragenden Volkseinkommens für die Verstei-gung des Westens abzugeben. Diese Zahl würde die Ausgaben für etwaige deutsche Truppenkontingente einschließen.

Der türkische Wirtschaftsminister Professor Muhlis Ete traf auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen zu einem zehntägigen Be-such der Bundesrepublik ein. Der Minister sagte bei seiner Ankunft, er freue sich, wie-der einmal in Deutschland zu sein und er-klärte, er hoffe sich ein umfassendes Bild von der Wirtschaftslage der Bundesrepublik machen zu können. Ete wird auf Einladung des Bundesverbandes der deutschen Industrie zunächst das Ruhrgebiet bereisen und später

auch deutsche Werftanlagen besichtigen. Mit seinem Besuch erwidert er die diesjährige Türkeireise des Bundeswirtschaftsministers Professor Erhard.

Knechtssand noch nicht endgültig

Entgegen anderslautenden Meldungen sei die Insel Knechtssand noch nicht endgültig dazu ausersehen, den Engländern im Aus-tausch gegen Helgoland als Bombenziel an-geboten zu werden, erklärte ein Sprecher des Ministeriums für Angelegenheiten des Bun-desrates. Bevor Knechtssand den Engländern als Bombenziel angeboten werde, müsse die von dieser Maßnahme betroffene Be-völkerung erst einmal gehört werden.

Schulze aus der Haft entlassen

Der Bonner Redakteur Alfred Schulze wurde gegen 5000 DM Kaution aus der Haft entlassen. Die Summe war bereits am Vor-tage gemeinsam von der Bundespressekonfer-enz und vom Parlamentarisch-politischen Pressedienst aufgebracht worden. Schulze war im Zusammenhang mit dem Fall Plaw-ter verhaftet worden. Er soll inzwischen zu-gegeben haben, daß er gegen Entgelt ge-heimtes Material entgegengenommen.

Der Wahlfprüfungsausschuß des Bundesta-ges hat in sechs Fällen, in denen die Rechtmäßigkeit der Wahlen zum ersten deutschen Bundestag vom 14. August 1949 angefochten wurde, das Parlament für unzuständig erklärt und die Anfechtungen an das Bundes-Verfassungsgericht verwiesen. Der Ausschuß wird dem Plenum des Bundestages eine Ent-scheidung in diesem Sinne empfehlen.

In Korea schweigen die Waffen

Feuereinstellungs-Befehl an achte Armee — Keine Fortschritte in Pan Mun Jon

Seoul (UP). An der Front in Korea wurde am Mittwoch das Feuer eingestellt. Die Trup-pen der UN erhielten den Befehl, nur noch zur Selbstverteidigung von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und nicht mehr „offen-siv“ zu feuern. Auch die kommunistischen Truppen haben das Feuer und alle Angriffe praktisch eingestellt.

Lediglich die UN-Luftwaffe hat einige Ein-stöße gegen kommunistische Nachschubkolonnen geflogen. Dabei sollen etwa 750 Fahr-zeuge vernichtet worden sein.

Der Feuereinstellungsbefehl wurde von der 8. Armee herausgegeben. Ein Sprecher der Alliierten sagte: „Wir werden keine Feuer-überfälle oder Angriffe unternehmen, solange die Gegenseite ebenso verfährt. Ich hoffe, daß beide Seiten dabei ehrlichen guten Willen an den Tag legen.“ Der Sprecher fügte hinzu, daß die Spähtrupp-Unternehmungen fortge-setzt würden, aber auch die Spähtrupps hät-ten Befehl, Kampfhandlungen zu vermeiden. Stoßtruppsunternehmungen würden nicht mehr stattfinden. „Unsere Leute sind unter-richtet, daß die Feindseligkeiten formell noch nicht eingestellt sind. Sie haben Befehl, sich so zu verhalten, daß sie dem Gegner keinen Anlaß zum Feuern geben.“ Die 8. Armee be-tont in einem Kommuniqué, daß die frei-willige Einstellung des Feuers keineswegs das Inkrafttreten eines Waffenstillstandes be-deutet.

Der offizielle Sprecher der UN-Waffenstill-standsdelegation, Brigadegeneral Nuckles, wies darauf hin, daß mit den Kommunisten kein „Geheimabkommen“ über die Feuereinstellung abgeschlossen worden sei. Er betonte, daß die Kämpfe solange fortgesetzt würden, bis ein Waffenstillstand erreicht sei. Die Auf-gabe der 8. Armee und der ihr angegliederten Landstreitkräfte bestehe darin, die kommunistische Aggression in Korea abzuwehren.

von sämtlichen Abschnitten der Front wurde völlige Kampfruhe gemeldet.

Die Verhandlungen in Pan Mun Jon ver-liefen inzwischen ohne jegliche Fortschritte. Die Forderung der Alliierten, daß die Kom-mission zur Überwachung des Waffenstill-stands freien Zutritt zu allen Teilen Koreas beiderseits der Demarkationslinie haben müsse, wurde von den Kommunisten abge-lehnt. Der nordkoreanische Chefdelegierte General Nam Il bezeichnete diese Forderung als „überflüssig“ und sagte, die Regierungen sollten lieber Verhandlungen über den Ab-zug sämtlicher ausländischer Truppen auf-nehmen. Der Chefdelegierte der Vereinten Nationen Admiral C. Turner Joy erklärte demgegenüber, die UN würden keinem Waf-fenstillstand zustimmen, der nicht ein wirk-sames Überwachungsorgan vorsehe, welches eine Wiederaufnahme der Kämpfe verbin-dere.

USA verhandeln mit dem Großmufti

Geheimgesprächen in der Villa Haida — Riesengewinne aus dem Ölgeschäft

London (E.B.). Auffallend unangenehm berührt fühlt man sich in englischen Re-gierungskreisen durch Informationen, wonach sich die amerikanische Diplomatie zur Zeit nicht nur um eine Schlichtung der englis-egyptischen und englisch-iranischen Krise be-müht, sondern auch offenkundig bestrebt ist, Beziehungen mit jenen Personen und Grup-pen der islamischen Welt anzuknüpfen, die den europäischen Westmächten gegenüber feindlich gesonnen sind.

Durch Vermittlung Abd el Krim, des be-kannten marokkanischen Nationalistenführ-ers, der in Ägypten ein Asyl fand, traten amerikanische Botschafter mit Amin el Hus-aini, dem früheren Großmufti von Jerusa-lem, in Verbindung. Eine maßgebende Per-sönlichkeit der Arabischen Liga bestätigte, daß in dessen Villa Haida in Helipolis be-reits zwei geheime Besprechungen stattfan-den. Als von britischer Seite hierüber Zwei-fel geäußert wurden, verwies man in Kairo auf die frühere Erklärung des Generals Eisenhower. „Die Amerikaner müssen zwi-schen Dakar und den Philippinen helfen, die berechtigten Ansprüche der Völker zu ver-wirklichen.“

Der englischen Diplomatie machen diese Enthüllungen vor allem deshalb Sorge, weil sie befürchtet, daß dadurch ihr Versuch vereitelt werden könnte, eine sogenannte „kleine arabische Koalition“ aus Irak, Jordanien und möglichst auch Saudi-Arabien zu bilden und diese gegen die von Ägypten geführte Ara-bische Liga auszuspielen. Der vermeintlichen amerikanischen Unterstützung der Bestrebun-gen des Großmufti zur Schaffung eines all-islamischen Blocks, der 13 Nationen von Ma-rokko bis Südostasien umfassen soll, setzt man in London das Argument entgegen, man fördere dadurch in der mohammedanischen Welt den Gedanken an eine neutrale Position zwischen dem Westen und dem Sowjetblock. Die Amerikaner wiederum scheinen von der Auffassung auszugehen, daß England und Frankreich, gegen die sich die Selbststän-digkeitsbestrebungen der islamischen Völker richten, ihre Vorherrschaft im Orient und in Nordafrika bei Beibehaltung ihrer bisherigen Regierungsmethoden nicht mehr aufrecht-erhalten können. Washington, das mit keiner-lei kolonialen Ressentiments belastet ist, sei daher jetzt dazu berufen, diesen Nationen zu

helfen und sich dadurch ihrer Freundschaft zu versichern; die freiwillige Zusammen-arbeit mit freien Völkern sei zuverlässiger und dauerhafter als eine mit Gewalt er-zungene.

In diesem Zusammenhang hält man es in diplomatischen Kreisen für äußerst unklug, daß ausgerechnet jetzt der Geschäftsbericht der anglo-iranischen Ölgesellschaft für das Jahr 1950 veröffentlicht wurde. Aus ihm geht nämlich hervor, daß die genannte Gesellschaf-t einen nach Abzug der abzuführenden Kon-zeptionsgebühren errechneten Reingewinn von 115 5 Millionen Pfund Sterling (entspricht rund 1,6 Milliarden DM) zu verzeichnen hatte. Der gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelte Gewinn wird auf eine Umsatz-steigerung von 26 Prozent und eine Preis-erhöhung von 20 Prozent zurückgeführt.

Diese Veröffentlichung nahm der iranische Ministerpräsident zum Anlaß eines zwei-stündigen Gesprächs mit dem amerikanischen Botschafter in Teheran, mit dem er die Mö-glichkeiten einer Wiederaufnahme der Ver-handlungen mit England und einer Wirt-schaftshilfe der USA für Iran erörterte.

London droht mit Verhandlungsabbruch

Letzte Warnung an Wjshinski — Bonn ent-sendet eine UN-Delegation

Paris (UP/epd). Der Politische Ausschuß der UN-Generalsversammlung tritt wieder auf der Stelle, da der sowjetische Außen-minister Wjshinski sich noch nicht zu dem Vorschlag eines „privaten Viermächte-Gesprächs“ über allgemeine Abrüstungsfragen ge-äußert hat. Gegenüber Pressevertretern sagte er: „Warten Sie nur ein oder zwei Tage, und alles wird sich klären.“ Einige politische Be-obachter äußerten die optimistische Ansicht, daß Sowjetrußland sich im Prinzip mit einem solchen Privatgespräch einverstanden erklä-ren werde. Ein britischer Delegierter fügte jedoch warnend hinzu, wenn Moskau wieder mit den „bekannten Geschichten“ gegen die Westmächte auffahren werde, würden die Westmächte die Verhandlungen auf der Stelle als zwecklos abbrechen.

Inzwischen haben sich auch Großbritannien und Jugoslawien mit dem pakistansich-trakisch-syrischen Vorschlag einverstanden erklärt. Der britische Delegierte S. Lloyd for-

serte jedoch, daß die Verhandlungen zeitlich begrenzt und ihr Themengebiet genau abge-steckt werden müßte.

Im Politischen Sonderausschuß wandte sich der russische Delegierte Sobolew gegen die jugoslawische Beschwerde über die Sowjet-union. Er nannte sie „eine Zusammenstellung von Verleumdungen und Beleidigungen“, die sachlich völlig unbegründet sei.

Der Treuhänderausschuß empfahl mit 50 gegen 5 Stimmen dem Welticherheitsrat die Zulassung Italiens in die UN. Bisher hatte die Sowjetunion dagegen stets ihr Veto ein-gelegt.

Die Bundesregierung will eine Delegation nach Paris entsenden, die in der kommenden Woche bei den Verhandlungen über gesamt-deutsche Wahlen zur Verfügung stehen soll. Als deren Mitglieder sind der bayerische Mi-nisterpräsident Erhard, der Berliner Bürger-meister Heuter und der Bremer Senatprä-sident Kaiser, der Vorsitzende der IG-Berg-bau, Schmidt, der CDU-Bundestagsabgeord-nete Tillmanns und der Berliner FDP-Vor-sitzende Schwennicke vorgesehen.

Der Flüchtlingskommissar der UN, Dr. van Heuven Goedhart, hat sich mit Rücktritts-absichten tragen, da es ihm nicht gelungen ist, Generalsekretär Trygve Lie zu veran-lassen, ein dringendes Ersuchen um Beiträge zu einem Soforthilfefonds für Flüchtlinge durch ein entsprechendes Begleitschreiben an die Mitgliedstaaten der UN zu unterstützen. Der Flüchtlingskommissar hatte um diese Bei-träge gebeten, um Anfang nächsten Jahres, wenn die IRO ihre Arbeit einstellt, sich vor allem der Flüchtlinge annehmen zu können, für die sich keine Stelle verantwortlich fühle.

Franco will über Gibraltar verhandeln

Unterhaus billigte Japan-Vertrag

London (UP). Die Londoner Zeitung „Sunday Times“ veröffentlichte ein Inter-view mit dem spanischen Staatschef Genera-lassimus Franco, in dem er Großbritannien vorschlug, Verhandlungen über Gibraltar zu eröffnen, „solange es noch Zeit ist und die Umstände Großbritannien nicht dazu zwin-gen“. Franco betont, daß die spanisch-bri-tischen Beziehungen niemals völlig befriedigend sein könnten, solange die Gibraltar-Frage einen Zankapfel bilde. Das britische Außen-ministerium lehnte jeden Kommentar über das Interview ab. In maßgebenden britischen Kreisen wurde jedoch die Meinung ausgesprochen, daß Großbritannien nicht beschlic-tige, mit Spanien über Gibraltar zu verhan-deln.

Das britische Unterhaus billigte mit über-wältigender Mehrheit den japanischen Frie-densvertrag. Mit der Billigung des Unter-hauses kann die formelle Ratifizierung des Vertrages durch den König vollzogen werden.

VOM TAGE

Bundespräsident Heuss empfing den Ge-sandten der Südafrikanischen Union, du Plessis, und den luxemburgischen Gesandten, Dr. Majerus, zur Entgegennahme der Beglück-wünschungsschreiben.

Ein deutsches Konsulat wurde in New Or-leans (USA) errichtet. Zum Konsul wurde Dr. Böh, der ehemalige Bundespressechef, ernannt. Damit bestehen in den USA fünf deutsche Konsulate.

Einen Handelsvertrag mit Rot-China will die Ostzonen-Regierung in Kürze abschlie-ßen. Eine chinesische Delegation traf bereits in Berlin ein.

Die Ratifizierungs-Urkunde des japani-schen Friedensvertrages wurde vom Chef der japanischen Vertretung in Washington im amerikanischen Außenministerium hinter-legt.

Papst Pius XII. hat den Bischof von Buf-falo, John O'Hara, zum Erzbischof von Phi-ladelphia ernannt.

In Syrien wurde aus sieben Vertretern der Volkspartei, zwei Unabhängigen und einem Vertreter der Moslem-Bruderschaft eine neue Regierung gebildet.

Eine Nationalisierung der Ölfelder verlangte die Opposition im peruanischen Parlament. Eine Entscheidung wurde noch nicht gefällt.

König Faruk Vetter, Prinz Abbas Halim, der sich zur Zeit in Genf aufhält, will in der nächsten Woche nach Bonn und Düsseldorf reisen.

Der Bürgermeister von Los Angeles, Bow-ron, wird am Mittwoch zusammen mit dem Vizepräsidenten der Hafenkommission von Los Angeles in Frankfurt eintreffen.

Weitere 4000 US-Infanteristen trafen zur Verklärung der Atlantikpunkt-Striktkräfte in Bremerhaven ein. Das nächste Kontingent wird am Freitag erwartet.

Um ein Haar wäre das dänische Parla-mentsgebäude in Flammen aufgegangen. Eis bis jetzt noch unbekannter Täter hatte un-ter einem Aktenschrank ein Feuer angezün-det.

Spartos verschwunden ist der stellvertre-tende tschechoslowakische Handelsattaché in Den Haag, nachdem ihn seine Regierung nach Prag zurückbeordert hatte.

Bei einem plötzlichen Wassereinbruch sind in Argentinien über 20 Personen ertrunken. Mehrere Personen werden noch vermisst. Der Schaden beläuft sich auf etwa 40 Millionen Pesos.

14 Personen kamen in den USA an einem einzigen Tag bei vier verschiedenen Flug-zeugunglücken ums Leben.

Ein riesiges Großfeuer vernichtete das Zentrum der japanischen Küstenstadt Oda-wara, zerstörte 225 Häuser und machte 2500 Menschen obdachlos.

Ein britischer Frachter ist in der Nähe der Insel Borkum gesunken. 13 Mann der Be-satzung konnten gerettet werden, zwei Mann werden noch vermisst.

Abgestürzt und verbrannt ist ein mexika-nisches Verkehrsflugzeug bei einem Lan-dungsversuch an der mexikanischen Küste. Elf Personen verbrannten, sieben Passagiere wurden verletzt geborgen.

Aus der Stadt Ettlingen

In die Zukunft schauen?

Der 30. November ist dem heiligen Andreas geweiht. Dieser Tag spielt im Volksglauben eine besondere Rolle deswegen, weil man in der Nacht zum Andreastag in die Zukunft sehen kann.

Heutzutage verbinden sich mit dem Andreastag in vielen Teilen Deutschlands die ersten großen Märkte und Messen des Winters.

Sehr merkwürdig ist die Überlieferung, daß an manchen Orten die älteren Leute in der Andreasnacht nach Geld und Gut suchten, während die Jungen nach Liebe ausschauten.

Weihnachtsbetreuung der Rußlandgefangenen

Um auch den Rußlandgefangenen ärmeren Familien unseres Landkreises am kommenden Weihnachtsfest eine Freude zu bereiten, bittet der Caritasverband für den Landkreis Karlsruhe die Angehörigen, umgehend die Gefangenenadresse — soweit sie bekannt ist — anzugeben.

Angehörige von Kriegsgefangenen können im Rathaus — Zimmer 10 — Postkarten erhalten, die für den Postverkehr mit den Kriegsgeschriebenen sind.

Bunter Abend des „Dickhäuters“

Kürzlich berichteten wir vom Erscheinen des „Dickhäuters“, einer Zeitung für die deutschen Arbeitseinheiten. Durch einen bunten Abend am Freitag, 30. Nov., 20 Uhr, in der Stadthalle, will der „Dickhäuter“ versuchen, die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den Angehörigen der deutschen Arbeitseinheiten noch enger zu gestalten.

„Der Tod an der Wiege“

Einführung zur Theateraufführung der Kollingsfamilie am Sonntag, 2. Dez., 20.00 Uhr (Stadthalle)

In Kriegs- und Umbruchzeiten versucht man oft, sittliche Grundsätze ins Wanken zu bringen. Hierzu gehört auch das Lebensrecht, besonders das Lebensrecht der Ungeborenen. Wir wissen, daß die staatliche Gesetzgebung bis heute noch jenes Recht schützt durch einen eigenen Paragraphen, den § 218.

Katharina Skarin erzählt

am Samstag, 1. Dezember, 20.15 Uhr im Rathausaal Märchen von Oskar Wilde. Man sollte es sich nicht entgehen lassen, die bei uns noch wenig bekannten Märchen von Wilde, die in ihrer Lebendigkeit unübertrefflich sind, von einer so fähigen Erzählerin wie Katharina Skarin zu hören.

Reh lief in Motorrad

Gestern morgen kurz nach 7 Uhr ereignete sich auf der Straße zwischen Ettlingen und Durlach ein Verkehrsunfall. Ein Rudel Rehe überquerte die Straße beim Hedwigshof, als gerade ein Motorradfahrer in Richtung Ettlingen vorbeifuhr.



Heute 20 Uhr Rathausaal 2. Vortrag von Oberkirchenrat Dr. Hans Wolfgang Heidland: „Naturwissenschaft an der Wende“

Gegen konfessionelle Lehrerbildung

Die Bezirksvorsitzenden des Verbandes badischer Lehrer und Lehrerinnen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, in der 89% der nordbadischen Lehrerschaft vereinigt sind, erheben mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die auch in Nordbaden propagierte Konfessionalisierung der Lehrerbildung.

Wenn die Konfessionalisierung mit Notwendigkeiten des Religionsunterrichts begründet wird, so muß dem entgegengehalten werden, daß den Konfessionen in Baden weitergehende Rechte und ein größerer Einfluß zugestanden sind als selbst in Ländern mit Bekenntnisschulen (Aufstellung des Lehrplans für den Religionsunterricht und Prüfungsrecht).

Die Bezirksverbandsvorsitzenden erklären, daß es seit 1876 in Baden eine konfessionelle Lehrerbildung nicht gibt, und daß die Forderung nach Konfessionalisierung der Lehrerbildung im Widerspruch steht zum simultanen Charakter der christlichen Gemeinschaftsschule.

Capitol

„Der Morgen gehört uns“

Ein Liebesdrama, das in einem vornehmen Gesellschaftsmilieu spielt, ist der Inhalt dieses Films. Zwei Schwestern leben denselben Mann. Jede der beiden Menschen will Rücksicht nehmen und doch treibt sie die Liebe gegeneinander. So großartig dieser Film im ersten Teil ist, so verliert er doch gegen das Ende etwas von seiner Dramatik.

Uli

„9 Uhr 15 Zimmer 9“

Unwillkürlich taucht beim Betrachten dieses Films die Frage auf, warum sich trotz der scharfen ausländischen Konkurrenz die deutschen Kriminalfilme beim Publikum solcher Beliebtheit erfreuen. Dieser Film kann diese Frage lösen: Der deutsche Besucher möchte nicht eine Anzahl übertriebener Effekte sehen, sondern ein Spiel, das der Wirklichkeit nahe kommt.

Bereins-Nachrichten

Rotes Kreuz — Ortsverein Ettlingen. Heute Donnerstag, 29. November, 20 Uhr, Übungsstunde im Schloß.

TuS Ettlingen — Abt. Handball. Bei den gestern begonnenen Kreismeisterschaften im Hallenhandball konnte sich die Jugendmannschaft durch einen schwer er kämpften 5:1 Sieg gegen den TuS Knielingen die weitere Teilnahme sichern.

TuS Ettlingen — Abt. Leichtathletik. Heute 20 Uhr Training in der Turnhalle der Oberschule. Alle, die am kommenden Sonntag in Karlsruhe den Waldlauf mitmachen, müssen unbedingt erscheinen, da die Meldung abgegeben werden muß.

Kollingsfamilie Ettlingen. Der Vorverkauf zu der am Sonntag, den 2. Dezember, abends 20 Uhr in der Stadthalle stattfindenden Theateraufführung „Tod an der Wiege“, ein Volksschauspiel in 5 Akten, hat heute begonnen.

Boxsportverein Ettlingen. Samstag, 1. Dezember, 20 Uhr, wichtige Monatsversammlung im „Wilden Mann“, zu der das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich ist.

Der Verein der Handfreunde. trifft sich am Samstag, 1. Dezember, 20 Uhr, zur Monatsversammlung im „Sternen“.

Der Verein der Rassegeflügelzüchter. trifft sich am Sonntag, 2. Dezember, 14 Uhr vor der Schillerschule zum gemeinsamen Besuch der Ausstellung in Karlsruhe-Rüppurr.

In der Versammlung am Montag, 3. Dez., 20 Uhr im „Wilden Mann“ werden die Preisgelder ausbezahlt und die Anmeldungen für die diesjährige Kreisausstellung entgegengenommen.



Ortsgruppe Ettlingen. Wichtiger Hinweis für Sozialversicherte — Anwartschaften erhalten

Durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz ist bestimmt worden, daß aus Beiträgen zur Sozialversicherung, die bis zum 31.12.1948 entrichtet wurden, die Anwartschaft bis zu diesem Tag erhalten ist, sofern nicht der Versicherungsfall vor dem 1. 9. 1949 eingetreten ist.

Zur Vermeidung des Verlustes bestehender Anwartschaften sind für die Jahre 1949 und 1950 spätestens bis zum 31. 12. 1951 die erforderlichen Beitragsleistungen nachzuentsichten.

Wer von unseren Mitgliedern Fragen in der Sozialversicherung hat, wird in unserer Sprechstunde am Samstag, 1. Dezember 1951 im Schloß gerne beraten.

„Känguruhs“ im Etzenroter Wald

Halbdunkel und Rieselregen waren die Kulissen der aufregenden Episode, die vor ein paar Tagen einer im Etzenroter Wald erlebte. Er war auf dem Weg zur Arbeit, d. h. zunächst einmal zum „Bühnle“, das ihn dorthin bringen sollte.

Gottlob — so möchte man fast sagen; denn dadurch bemerkte er in etwa 200 Meter Entfernung ein Schauspiel, das ihn zum Stehenbleiben zwang. Im ungewissen Büchsenlicht des Morgengrauens sah er eins, zwei, drei, vier Wesen in gewaltigen Sprüngen auf die Straße hüpfen und mit noch gewaltigeren Sprüngen nach rechts im Wald verschwinden.

Schnell auf die frische Fährte! Doch das war leichter vorgenommen als getan. Dort, wo besagter Rußweg von der Straße abweicht, befindet sich nämlich ein Sumpf, ein Moor, ein Riesensumpfgebiet — die scheinbar für die Ewigkeit bestimmten Aushubreste aus jener Zeit, als man die Straße breiter machte und asphaltierte.

Der Mensch lernt nie aus

Erste Veranstaltung des Volkbildungswerkes in Sulzbach

Sulzbach. Am Mittwoch, 21. Nov. trat die von Landrat Groß ins Leben gerufene Volkshochschule Karlsruhe-Land in Sulzbach erstmals an die Öffentlichkeit. Im Rahmen einer damit begonnenen Reihe von volksbildenden Veranstaltungen hatte sie die Bevölkerung zu einem Lichtbildvortrag in die Schule eingeladen.

Zu Beginn begrüßte Bürgermeister Gengelmaier den Sprecher des Abends. An die Zuhörer gewandt, gab er erläuternde Erklärungen zu den Absichten und Aufgaben des Volkbildungswerkes unter Zugrundelegung

Aus den Albgau-Gemeinden

Bruchhausen berichtet

Bruchhausen. Am 27. Nov. konnte Simon Brunner, Weichenwarter i. R., Friedrichstraße, seinen 72. und am 29. Nov. kann Karl Dehm, Maurer, Gartenstraße, seinen 74. fern am 30. Nov. Josef Geiger, Gartenstraße, seinen 70. Geburtstag begehen. Wir gratulieren.

Busenbach

Busenbach. In einer gut besuchten Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der Badener sprachen am Samstagabend im Gasthaus zur „Sonne“ die Herren Engelmann, Dr. Walz sowie Gemeinderat Bauer (Ettlingen) zur Abstimmung am 9. Dezember. In durch nichts zu wiederlegenden Ausführungen zeigten die Referenten, wie es für das badische Volk nur eine Lösung des zur Abstimmung stehenden Problems Baden oder Südwesstaat geben kann.

Im Gasthaus zum „Engel“ trafen sich am Samstagabend die 40jährigen zu einer Wiedersehensfeier. Stark hat der zweite Weltkrieg unter diesem Jahrgang 1911/12 seine Spuren hinterlassen.

Am Mittwoch, 28. Nov., feierte unser Mitbürger Franz Ochs, Bahnhofstraße, seinen 76. Geburtstag. Ihren 73. Geburtstag kann am Freitag, 30. Nov., die Witwe Josephine Merz feiern. Wir gratulieren.

„O weh, ich bin ja auch — ein Känguruh“, schrie unser Springer, dem's nun wie Schuppen von den Jägern fiel. Schade um all die schönen Jagdgeschichten, die so am Stammtisch nicht der staunenden Runde geboten werden konnten.

Eizenrot. Am Sonntag fand im Gasthaus zum „Hirsch“ eine Versammlung der Arbeitsgemeinschaft für die Wiederherstellung Badens statt. Referent war Geschäftsführer Rumbach (Karlsruhe). Die in wesentlich größerer Zahl an der Versammlung teilnehmenden Anhänger des Südwesstaates beteiligten sich sehr lebhaft an der anschließenden Diskussion, die jedoch, wie auch der Redner anerkennend in seinem Schlußwort hervorhob, sehr sachlich und fair geführt und aufgenommen wurde.

Der Mensch lernt nie aus

einer Rede, die Landrat Groß anlässlich der Eröffnung des Volkbildungswerkes in Grötzingen gehalten hatte. Sinn und Zweck dieser Einrichtung ist es vor allen Dingen, der ländlichen Bevölkerung, die meistens auf Grund ihrer verkehrstechnisch ungünstigen Lage nicht die Möglichkeit hat, aus den öffentlichen Kulturstätten wie Theater, Oper, Vortragssaal usw. weitere Bildung zu schöpfen, eine Vertiefung des Wissens zu geben und somit zum Verständnis des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens beizutragen.



nen Gebrauch machen, sondern eine Einfichtung, die nur zu ihrem Wohle geschaffen wurde...

Der Vortragende, Herr Werner, führte in einem einsechshundertjährigen Erlebnisbericht seine Zuhörer nach dem Süden über den Brenner...

Nach diesem gelungenen Start bleibt nur zu wünschen, daß es dem örtlichen Leiter des Volksbildungswerkes, Lehrer Rapp, gelingen möge...

Nach der in den letzten Wochen durchgeführten Zählung der auf der Gemarkung befindlichen Obstbäume liegen bei einer Gesamtzahl von 2522 die Zwetschgenbäume mit 857 weit an der Spitze...

Meldung aus Schiefberg

Schiefberg. Den Bund fürs Leben schlossen Arthur Axtmann und Gertrud geb. Sarbacher. Der Gesangsverein „Einheit“ ehrte die Neuvermählten durch ein Ständchen.

Am vergangenen Sonntag fand im „Lamm“ eine Versammlung des Obstbauvereins statt, die sehr gut besucht war und regen Anklang fand. Vorstand Speck wies auf eine Verordnung hin, die die Winterspritzung zur Pflicht macht...

mit gutem Erfolg durchgeführt. Neben einem ansehnlichen Geldbetrag wurden auch Kleidungsstücke gespendet.

Aus Malsch

Malsch. Über den Erwerb des Geländes für das Pumpwerk und die Trafostation hatte der Gemeinderat bereits in einer früheren Sitzung beschlossen, daß für den qm 1.50 DM bezahlt werden sollen.

Für die Erweiterung des Schulhofes, welche eine sehr dringende Angelegenheit ist, weil die Schulkinder zur Pause die überaus stark befahrene Hauptstraße überqueren müssen, ist vorgesehen, ein Hausgrundstück in unmittelbarer Nähe zu erwerben...

Für die im Feldbereinigungsgebiet geplanten drei Siedlerstellen wurde eine Vereinbarung mit der Bad. Landsiedlung GmbH getroffen. Demnach erhalten die Siedler das erforderliche Land gegen Bezahlung durch die Bad. Landsiedlung.

Zur Herabsetzung des Pachtpreises für eine gewerblich genutzte Pachtfläche konnte sich der Gemeinderat nicht entschließen.

Zur weiteren landwirtschaftlichen Nutzung von Gelände im Feldbereinigungsgebiet hat ein weiterer Bewerber vorgeschrieben, der an der künftlichen Überlassung von 20 ha Land interessiert ist.

die Ausführungen des Interessenten an und wird in einer der nächsten Sitzungen über den geplanten Verkauf beschließen.

Den Bemühungen der Gemeindeverwaltung ist es gelungen, einen weiteren Industriebetrieb in Malsch anzusiedeln. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß zu Anfang des Jahres 1953 mit der Umsiedlung des Betriebes zu rechnen sein wird.

Malsch. Der bei der Bundesbahn beschäftigte Josef Mora, Waldstraße, ist in Ausbildung seines Berufes als Rangierer tödlich verunglückt. Den Eltern und der jungen Ehefrau mit Kind wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Die mit der Bad. Landsiedlung GmbH geführten Verhandlungen haben nunmehr einen gewissen Abschluß gebracht. Im Feldbereinigungsgebiet werden 3 Siedlerstellen errichtet, die von Flüchtlingsbauern besetzt werden sollen.

Der Motorsportclub Malsch hält am 29. November seine Generalversammlung ab. Die Kolpingfamilie Malsch veranstaltet im Adlersaal am 1. Dezember einen Buntabend mit Humor, Frohsinn und artistischen Darbietungen.

Die Theatergemeinde Malsch wird am Samstag, 1. Dezember die Operette „Walzerzauber“ von Joh. Strauß besuchen.

Bereits in früheren Sitzungen hat der Gemeinderat über die Bergung eines Erdkabels im Bergwald beraten. Es sollte nun mit der Firma über die endgültigen vertraglichen Abmachungen beraten werden.

Zwei Filme über Leichtathletik werden heute um 19.30 Uhr im Chemiesaal der Technischen Hochschule in Karlsruhe vorgeführt. Die Filme bringen unter anderem Ausschnitte von den deutschen Leichtathletikmeisterschaften 1951 und von den leichtathletischen Wettkämpfen bei der Olympiade 1936 in Berlin.

Steno-Ecke

Praktische Winke

Handwritten stenographic notes in a cursive script.

Zu dem Vereinswettbewerb des Stenografenvereins Ettlingen am kommenden Sonntagvormittag 9.30 Uhr im Übungslokal...

Rheinwasserstand am 28. 11.: Konstanz 308 (+9) Rheinleiden - (-) Breisach 238 (-10) Straßburg 314 (4) Maxau 515 (+4) Mannheim 399 (+9) Caub 288 (+18)

Wettervorhersage

Donnerstag bei lebhaften westlichen Winden überwiegend bewölkt, einzelne Schauerniederschläge, in höheren Lagen mit Schnee. Tagestemperaturen bis zu 7 Grad. Freitag vorübergehend leichte Berührung und keine wesentlichen Niederschläge.

Barometerstand: Veränderlich-schön. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr.): +3°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Gäuland. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

OBSTBAUMSCHULEN

F. Ben ETTLINGEN - TELEFON 291

VERLOREN

1 Sportstiefel mit Gummiprofilsohle verloren. Abzug gegen Belohnung Holz, Pforzheimer Straße 36

ZU VERKAUFEN

Ofen mit Rohr, Kochherd mit Rohr, Aushängkasten, Tr-Roller zu verkaufen. Zu erfr. unter 4119 in der EZ

Ausziehtisch, kl. Ofen, Kisten, Volksempfänger, Waschkorb zu verk. Schloßgartenstr. 11/II

Kohlenherd (weiß) u. Damenfahrrad billig zu verkaufen. Zu erfr. unter 4124 in der EZ

Graue Haare

lassen Sie Äter erscheinen als Sie sind. Aber nicht färben!

„Hazinol“ ges. gesch. Haarfarbewiederhersteller gibt über Nacht Ihnen Haare in die natürliche Farbe zurück.

Spielfreie leichte Anwendung. Garantiert unschädlich.

Immer frisch erhältlich: Badenia-Drogerie Rud II Chemnitz, Le-podstr

Makkaroni

Gem. Nudeln 500 g -.54 Hörnle

Kakaopulver lose 100 g -.52

Markenzeugnisse von Bénédict, Stollwerck, Eszet, Waldbaur, Sudard, Reichard und Lohmann

Sämtl. Artikel zur Weihnachtsbäckerei billig und in besten Qualitäten

Bohnenkaffee stets frisch geröstet!

GEORG HESS Kronenstr. 2 Ruf Nr. 144

Advertisement for SANELLA bread featuring a woman's face and a loaf of bread. Text: „Du - das schmeckt so richtig nach mehr!“ and „Ich hab's versucht: Seit ich den feineren Reisfischbrot auslese, ist mein Mann mit auch so gemüht.“

Die Sanella-Frische gibt den feineren Geschmack! SANELLA

KOLPINGSFAMILIE ETTLINGEN

Sonntag, den 2. Dezember 1951 in der Stadthalle Ettlingen

Tod an der Wiege

Ein Volksschauspiel in 5 Aufzügen

Beginn 20.00 Uhr, Saalöffnung 19.30 Uhr

Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt

Vorverkauf ab heute bei Friseurgeschäft E. Schlee, Drachenrebenweg 2a, Friseurgeschäft A. Bell, Hirschgasse und Helmut Gleißle, Spinnerrei

Advertisement for a film: „Unhaltbare Ländergrenzen im Südwestraum“ by Prof. Dr. Metz, Freiburg. Am Samstag, den 1. Dezember um 20.00 Uhr in der Stadthalle Ettlingen zeigt Prof. Dr. METZ, Freiburg den FILM

BEKANNTMÄCHUNGEN

In der Gemeinde Langensteinbach ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Nach den Bestimmungen des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 wird diese Gemeinde zum Sperrbezirk erklärt.

In der Gemeinde Wolfartsweier ist die MKS erloschen. Die für die Gemeinde angeordneten Sperrmaßnahmen werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Schutzzonen im Landkreis Karlsruhe ändern sich nunmehr wie folgt:

- a) Sperrbezirk: Bauerbach, Bretten, Bruchhausen, Busenbach, Diedelsheim, Eggenstein, Ettlingen, Ettlingenweier, Gaben, Grünweisersbach, Hochstetten, Langensteinbach, Liedolsheim im, Linkenheim, Mörsch, Mutschelbach, Oberweier, Palmbach, Pfaffenrot, Rußheim, Söllingen, Spielberg, Spöck, Staffort, Stuplerich
b) Beobachtungsgebiet: Auerbach, Berghausen, Blankenloch, Büchig, Burbach, Dürrenbüchig, Eitzenrot, Fiehhagen, Pörchheim, Friedrichstal, Leopoldshafen, Neuburgweier, Neureut, Reichenbach, Rinklingen, Ruit, Schluttenbach, Schielberg, Sprantal, Sulzbach, Völkersbach, Weingarten, Wöschbach, Wolfartsweier und Wössingen.

c) 15 km Umkreis: Alle übrigen Gemeinden des Landkreises Karlsruhe. Die zur Bekämpfung der Maul- u. Klauenseuche angeordneten Maßnahmen können bei den Gemeindeverwaltungen des Landkreises Karlsruhe einesehen werden. Der Landrat

Advertisement for HERZGEIST-Goldtropfen. HALT! Hertz in Gefahr? Von Herzmuskelschwäche, Kreislaufstörungen, Arterienverkalkung, hohem Blutdruck, Schilddrüsen- und Nierenleiden. Schutz Sie sich rechtzeitig durch HERZGEIST-Goldtropfen. Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Advertisement for Seifix soap. Seifix bohnerl wunderbar

Entlaufen

Jg. schwarze Katze entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung Pforzh. Straße 21

Table with 2 columns: Item and Price. Sultaninen 100 g24, Mandeln I 100 g75, Haselnußkerne 100 g70, Zitronat 1. Sorte 100 g95, Orangat 1. Sorte 100 g49, Kokosraspel 100 g49

Advertisement for CICHON vomalte H. Hauck. Labormittel - Feinbat - Spezialkass Ettlingen, Leopoldstr. 21, Tel. 484

Advertisement for Katharina Skarin erzählt Märchen von Oskar Wilde. am Samstag, den 1. Dezember, 20.15 Uhr im Ettlinger Rathausaal. Karten zu 1.-, 2.- und 3.- DM im Vorverkauf bei Zigarrenhaus Stöhrer, Kronenstr. 3

Umschau in Karlsruhe

Präsident Dr. Unser gestorben

Infolge eines Herzschlages verschieden Karlsruhe (Swb/lds). Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Hans Unser, ist in der Nacht zum Mittwoch auf der Rückfahrt von Mannheim nach Karlsruhe gestorben.

Dr. Unser, der seit längerer Zeit an einer Herzkrankheit litt, hat sich besonders in der letzten Zeit im Landbezirk Nordbaden sehr entschieden für die Bildung eines Südweststaates eingesetzt.

Dr. Hans Unser wurde am 22. März 1907 in Heidelberg geboren. Nach der Reifeprüfung studierte er in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaft.

Belleidstelegramm des Bundespräsidenten Bundespräsident Professor Heuss hat den Angehörigen und dem Landesbezirkspräsidium für Nordbaden telegrafisch sein Beileid zum Ableben des Landesbezirkspräsidenten Dr. Hans Unser ausgesprochen.

Nachruf Keils für Dr. Unser Landtagspräsident Keil gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Plenarsitzung des württemberg-badischen Landtags des verstorbenen Landesbezirkspräsidenten Dr. Unser.

Amerika-Haus Karlsruhe Freitag, 30. Nov., 18.45 Uhr, English Discussion Group, „Learning by Hortelling“, Leitung: Frau Dr. Hohlfeld.

Erst Gesamtdeutschland, dann neue Länder

Frank und Dr. Unser sprachen in Mannheim - Dr. Werber im Karlsruher Studentenhaus

Mannheim (Swb/lds). Der württ.-badische Finanzminister Dr. Karl Frank trat auf einer Kundgebung in Mannheim dafür ein, daß in einem kommenden Südweststaat eine einheitliche Gemeindeordnung geschaffen werde.

Einmalige Ausgaben werden gestrichen: Der wenige Stunden nach dieser Rede verstorbenen Landesbezirkspräsidenten von Nordbaden, Dr. Unser, wiederholte seine schon früher gemachte Feststellung, daß sämtliche von der Landesregierung gewährten einmaligen Ausgaben im Haushaltsplan von Nordbaden gestrichen würden.

Landtag fordert Entschädigungsgerichte

Hilfe für ältere Angestellte und Altsparer - Fall Badische Bank erledigt

Stuttgart (ZSH). Sämtliche Fraktionen des württemberg-badischen Landtags forderten die Einrichtung von Entschädigungsgerichten, wie sie im britischen und französischen Besatzungsgebiet bestehen.

Der SPD-Abgeordnete Alex Möller, der im Landtag einen entsprechenden Antrag einbrachte, betonte, daß in einem Rechtsstaat jedem Bürger grundsätzlich das Recht zuzustehen müsse, ein ordentliches Gericht anzurufen.

Eine lebhatte Debatte, an der sich Abgeordnete aller Fraktionen beteiligten, entstand bei der Beratung eines CDU-Antrags über die Eingliederung der älteren Angestellten in den Arbeitsprozeß.

Nicht minder bewegt war die Diskussion über zwei Anträge, die sich mit der Wiedergutmachung des Unrechts befassen, das den

Ein Altbaden stärkt Nationalgefühl

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Badener, Landtagsabgeordneter Dr. Werber, betonte auf einer Kundgebung der Altbadener im Karlsruher Studentenhaus, das Bestreben aller Politiker müsse es sein, das gesamte Deutschland in Ost und West wieder zusammenzubringen.

Plakat-Krieg in Nordbaden Die Arbeitsgemeinschaft der Badener hat die Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die Abstimmungsplakate der Altbadener in den nordbadischen Landkreisen nicht mehr abgerissen werden.

Vizekanzler Blücher spricht in Offenburg Vizekanzler Franz Blücher spricht am kommenden Samstag auf Einladung des Südweststaatskomitees in Offenburg.

Sparen durch die Währungsreform zugefügt wurde. Während ein CDU-Antrag ins einzelne ging und u. a. eine besondere Berücksichtigung der Vertriebenen im Rahmen des endgültigen Lastenausgleichs forderte, sah der Antrag der DG-BHE eine gleichmäßige Behandlung von Sach- und Geldvermögen der einheimischen und der vertriebenen Sparer vor.

Zulagen für Beamte Ferner verabschiedete das Haus einstimmig in dritter Lesung einen Initiativ-Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion, der im wesentlichen bestimmt, daß die planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten zu ihrem Grundgehalt vom 1. 8. 1951 an eine Zulage von 2 Prozent erhalten.

Keine Hochwassergefahr am Hochrhein Säckingen (Swk). Infolge der starken Regenfälle der vergangenen Woche wurden am Hochrhein zahlreiche Keller unter Wasser gesetzt.

auch der Aufführenden wirksam wahrzunehmen.

Schließlich beschloß der Landtag bei Stimmenthaltung der DG-BHE-Fraktion, die Kreditgewährungen der Badischen Bank und die Haltung der verantwortlichen Staatsstellen in dieser Frage nicht weiter zu erörtern.

Der Landtag vertagte sich auf 5. Dezember. In dieser Sitzung wird die Landesregierung eine Erklärung zu der bevorstehenden Volksabstimmung zur Neuordnung der Ländergrenzen abgeben.

Aus der badischen Heimat

Lokomotive bei Breiten entgleist

Bahnstrecke neun Stunden unterbrochen Breiten (Swb). Durch den Bruch von zwei Federspannschrauben am Tender einer nach Bruchthal fahrenden Lokomotive entgleisten Lokomotive und Tender, wodurch an den Gleisen größere Schäden entstanden.

Pforzheims Rathaus-Grundstein freigelegt Pforzheim (Swb). Bei Abräumungsarbeiten an dem zerstörten Pforzheimer Rathaus wurden der im Jahre 1893 eingemauerte Grundstein, eine Urkundenrolle, zwei Metallkassetten sowie eine „Amts“-Tischglocke freigelegt.

Gelstesranke verhungert Freiburg (Swk). Spielende Kinder fanden in der näheren Umgebung Freiburgs die Leiche einer seit drei Wochen vermissten Frau.

Freiburg gedachte seiner Bombenopfer Freiburg/Breisgau (Swk). Im Rahmen einer schlichten Gedenkstunde für die 3000 Einwohner Freiburgs, die vor sieben Jahren dem furchtbaren Bombenangriff auf die Breisgauemetropole zum Opfer fielen, legte Staatspräsident Wohleb und Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Kränze an den Grabstätten auf dem Hauptfriedhof nieder.

Wachen saßen am Feuer und hielten Umschau. Sie sprachen leise miteinander. Die Rede war von Yen Sei, dem kleinen Prinzen, den sie alle liebten und den man geraubt hatte.

ALLE WEGE führen zu Dir

LIEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER

Copyright by Hamano-Meyerpress (31. Fortsetzung)

Huang Yu ritt einen milchweißen Hengst, ein Tier edelster Abstammung. Er hatte es von einem persischen Freund geschenkt bekommen, und der Mandarin liebte dieses Pferd wie einen Menschen.

Der Mandarin Huang Yu hatte sein Wort gehalten: Lu Tai begleitete ihn und die Krieger auf dem Weg zur geheimnisvollen Stadt der Großen Mutter.

Lu Tai saß im Sattel wie ein Mann oder besser, wie ein feiner, geschmeidiger Knabe. Nie hatte Huang Yu eine solche Frau gesehen.

Zum ersten Mal seit Jahren fühlte Huang Yu, wie sich sein Herz wieder für eine Frau regte.

Aber er wußte auch, daß diese Frau für ihn unerreichbar war, denn Lu Tai war dem edlen Si Go versprochen. Das war Gesetz - und gegen das Gesetz konnte selbst ein mächtiger Mandarin wie Huang Yu nicht handeln.

Huang Yu war klug. In ihm vereinigte sich die Intelligenz westlicher Hochschulen mit der uralten Weisheit und Abgeklärtheit des Asiaten.

Er fühlte den bittersüßen Schmerz dieser hoffnungslosen neu aufkeimenden Liebe, die von Anbeginn an zum Sterben verurteilt war.

Warum wollte Lu Tai mit den Kriegern zur Großen Mutter? Huang Yu verstand es nicht, aber er fragte nicht.

Nun wandte Lu Tai ihr Gesicht dem Mandarin zu. Der schnelle Ritt hatte ihre Wangen mit einem rosensfarbenen Schein belegt.

„Wie weit ist es noch, großer Mandarin?“ Huang Yu blickte über die weite Steppe. In der Ferne blauten die Kämme eines Gebirgszuges.

„Nicht mehr so weit, Lu Tai. Wir sind bald am Ziel. Aber...“ Er beugte sich vor und faßte Lu Tais Pferd am Zügel, sodaß es in Schritt verfiel.

„Lu Tai, bleibe hier. Wir schlagen hier ein Lager auf. Bleibe hier, bis wir wieder zurück sind. Kampf ist nichts für eine Frau.“ Lu Tai lächelte.

„Du hast mir dein Wort gegeben, großer Mandarin. Wu Tang braucht mich. Deine Krieger können kämpfen, aber ich habe vielleicht andere Waffen, die ich gebrauchen kann.“

Huang Yu senkte den Kopf. „Du hast die Wahl, Lu Tai.“ „Ich habe gewählt, Huang Yu.“

Sie sagte es mit triumphierender Stimme. Jeder Hufschlag brachte sie Wu Tang näher. Ihr Herz bog ihm entgegen. Sie kam ihm zu Hilfe. Wenn es sein mußte, dann würde sie für ihn sterben. Und die andere Frau? Das Mädchen mit den roten Locken, das Wu Tang verzaubert hatte?

Lu Tai fürchtete sich nicht. Sie würde auch diesen Kampf aufnehmen. Sie würde um ihr

Glück kämpfen - und Wu Tang wurde erkennen, daß sie kein Kind mehr war, daß sie nicht nur seine „gelbe Blume“ war, sondern eine Frau mit einem leidenschaftlichen, liebenden Herzen.

Ganz plötzlich gab sie dem Pferd die Reitpeitsche. Das Tier erschrak und jagte mit ihr davon. Sie schrie heil auf vor Lust. Sie hielt sich mit den Händen an der Mähne fest. Das enganliegende Gewand legte sich wie liebkosend um ihren schmalen, geschmeidigen Körper.

Das war ein Signal. Huang Yu hob die Hand. Ein leiser Schenkeldruck genügte, und der weiße Hengst flog wie ein Pfeil über die Steppe.

Die Dämmerung kam. Die Berge, die kürzlich noch fern erschienen waren, ragten plötzlich wie drohende Urweltgespenster aus der Ebene heraus.

Nachts würde man über den Gebirgspfad reiten. Dazu mußten die Pferde frisch sein. Huang Yu gab ein Zeichen.

„Wir schlagen hier Lager auf. In den ersten Nachtstunden brechen wir auf und gehen über den Paß. Die Stadt der Großen Mutter liegt nur wenige Stunden vom Gebirge entfernt. Hinter den Bergen zerstreuen wir uns nach dem festgelegten Plan Morgen, in der Frühdämmerung, geben wir zum Angriff vor. Wenn die Sonne aufgeht, ist die Stadt der sieben silbernen Glocken unser...“

Die Lagerfeuer flackerten. Der träge Rauch zog wie ein feiner Schleier über die Steppe. Huang Yus Krieger lagen auf dem Boden in Filzdecken gehüllt und schliefen. Nur die

Huang Yu schlief nicht. Er dachte an seinen kleinen Sohn. Er sah ihn vor sich, wie er die Hände nach ihm ausstreckte. Er fürchtete nicht für das Leben Yen Sels, denn er wußte, welche Gründe die Große Mutter haben konnte, ihn zu rauben.

Die Große Mutter hatte niemanden, dem sie diese Ehre anvertrauen konnte. Und die Große Mutter hatte ihn, den mächtigen Huang Yu, weil er einst ihre Tochter verschmüht hatte.

Huang Yu sprang auf. Seinen Sohn hatte sie geraubt, diese alte Frau, der Tausende von Menschen gehorchten! Sie sollte ihre Strafe bekommen!

Er schlug den Vorhang des Zeltes zurück. Er konnte keine Ruhe finden. Und plötzlich zog sich sein Herz in heftigem Schmerz zusammen.

Dort drüben stand Lu Tai, die Frau, die für ihn unerreichbar war, der Mond warf einen silbernen Schein auf die schmale Gestalt des Mädchens. Sie hatte den Beltanzus abgelegt und ihn mit einem seltene Gewand vertauscht, das in schweren, starren Falten bis zu den feinen Füßen, die in weichen Lederpantoffeln steckten, herabfiel.

(Fortf. folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Lobpreis auf die junge Donau

Die Feinschnepfer unter den Wanderleuten, die am Ober- ein Bescheid wissen, sind meist auch Freunde und Bewunderer der Baar, Jener weit dahinschwärmenden, besinnlichen Landschaft zwischen dem hohen Schwarzwald und dem Bodensee. Man ist in den letzten Jahren häufig auf Schilderungen der Welt der Jungen Donau aus der Feder von Max Rieple gestoßen. Höchst erfreulicherweise sind diese feinsinnigen Landschaftsbilder, hervorgewachsen aus gründlichster Kenntnis und eigener Sicht, nunmehr in Buchform erschienen. Dem Südverlag in Konstanz kommt das Verdienst zu, den Band von Max Rieple „Land um die junge Donau“ sehr ansprechend und geschmackvoll herausgebracht zu haben.

Die Grenzen des Stückes oberdeutscher Erde, die Max Rieple schildert, sind weit gezogen was man durchaus begrüßen kann. Sie schließen im Westen den Feldberg ein und schwingen nach Osten in den Hegau hinein. Alles Lehnhafte ist vermieden. Man empfindet den Schilderer durchaus als Wanderkameraden, dem man sich um so lieber vertraut, als er die bewundernswürdige Fülle seines Wissens schlicht darbietet. O. E. S.

Unfere Eiszeitpflanzen erzählen aus der Vorzeit Badens

Diluvialer Blütenstaub und Pflanzenreste in den Ablagerungen der heutigen Rheinebene

Mancher wird beim Lesen des Worts „Eiszeitpflanzen“ etwas verwundert den Kopf schüttern! Doch wer schon einmal einen Blick in die großen Ziegeleien von Gochsheim oder Steinbach getan hat, wird schon etwas anderer Meinung sein. Gründlich bekehrt wird er aber, wenn er einige der Kiesgruben in den Rheinauen besucht hat. Was wird da nicht alles an Pflanzen-, aber ganz besonders an Baumresten zu Tage gefördert! Einer der größten Funde der letzten Zeit dürfte wohl ein Eichenstamm sein, der im Herbst 1930 aus einer Grube in Ottersdorf (Landkreis Rastatt) gehoben wurde; ein Eichenstamm mit einem Durchmesser von 2 m.

In jüngster Zeit wurde die Pflanzenreste einer Reihe von eiszeitlichen Fundstellen in Baden einer genaueren Untersuchung unterzogen, wobei allerdings im Auge behalten werden muß, daß diese Stellen nicht alle gleich alt sind. Wir kennen alt- und jungdiluviale und noch jüngere Ablagerungen, die aber zum weitaus größten Teil in engerem Zusammenhang mit dem Rhein stehen. So sind Gochsheim und Steinbach als diluvial, eine Reihe von Fundstellen der Niederterrasse liefert jungdiluviales Material und die vielen Kiesgruben in der Rheinniederung selbst sind in noch jüngeren Schichten angelegt. Da der Rhein in der Diluvialzeit (Eiszeitalter) (besonders in den wärmeren Zwischenzeitaltern) samt seinen vielen Nebenarmen wiederholt das Bett wechselte, gelangten bei Überschwemmungen Hölzer des Auwaldes und wohl auch aus weiter entfernt liegenden Gebieten in die Schotter- und Sandmassen, wo sie heute in den Gruben manchmal recht unerwartete Hindernisse der Baggerstätigkeit darstellen.

An zahlreichen Stellen zeigen sich aber auch Torfbildungen, ein Zeichen dafür, daß die Eiszeiten und die Zwischenzeitaltern nicht nur eine Reihe von Naturkatastrophen mehr oder weniger großen Ausmaßes gewesen sind, sondern daß es auch ruhigere Zeiten gegeben hat, in denen sich in den Rheinauen und in benachbarten Gebieten an feuchten und teilweisesumpfigen Stellen eine entsprechende Pflanzendecke entwickeln konnte. Die verschiedenen Laubmoose, die in diesen Ablagerungen erkannt werden können, die viel selteneren Torfmoose, ferner die immer wieder zur Beobachtung kommenden Radizellen (Wurzelscheitel der Riedgräser), die Oberhautzellen und sonstigen Spuren von echten Gräsern, daneben noch Teile von anderen krautigen Pflanzen lassen erkennen, daß sich das rein äußerliche Bild dieser Sumpfwiesen und Moore von dem unserer heutigen nicht allzusehr unterschieden haben mag.

Eine der bedeutendsten Erfindungen der letzten 200 Jahre ist die der Zuckergewinnung aus der Rübe. Damit war die Monopolstellung, die das Zuckerrohr zwei Jahrtausende innehatte, zusammengebrochen und eine Entwicklung angebahnt, die den Zuckerverbrauch zu einer Sache des täglichen Bedarfs machte. Der Wandel war zwei Deutschen, den Berlinern A. S. Marggraf und F. K. Achard, zu danken, wobei jener 1747 die Zuckergewinnung aus der Rübe nachwies und dieser das Werk seines Lehrers ausbaute. Allerdings gestatteten die politischen Verhältnisse um 1800 dem friedlichen Werk keine Weiterentwicklung, bis Frankreich sich die Erfindung zunutze machte. Die Kontinentalsperre gegen Napoleon zwang dann, weil die Einfuhr von Zuckerrohr nicht mehr möglich war.

Von Frankreich aus wanderte die junge Industrie wieder über Baden und Württemberg nach Deutschland zurück. Frankreich hatte ihm gegenüber einen beachtlichen Vorsprung erzielt, weil das Interesse für den

Der Sieg der Zuckerrübe über das Zuckerrohr

Die Anfänge des Zuckerrübenanbaus und der Zuckerindustrie in Baden und Pfalz

Anbau der Zuckerrübe und ihre Verwertung erst um 1830 erwachte. Die Regierung erkannte erst damals die Bedeutung dieser Pflanze, die darin lag, daß es jetzt möglich war, auf die Einfuhren zu verzichten und den Zucker im eigenen Land zu gewinnen. Zudem gab ihr Anbau der Landwirtschaft eine neue und einträgliche Betätigung, die dem Staat allerlei Möglichkeiten zur Besteuerung gab. Baden war der Pfalz dabei ein Stück voraus, denn es besaß schon eine Zuckerfabrik, als man in der Pfalz noch beim Planen war. Die Voraussetzung zur Einrichtung von Zuckerfabriken lag im Anbau der Rübe, wofür die Bodenverhältnisse und das Klima in der Pfalz und Baden gleichermaßen günstig waren. Allerdings hat die Rübe bis heute eine bedeutende Wandlung durchgemacht. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war sie nicht viel mehr als die heutige, der Viehfrüher dienende Runkelrübe. Die Zuckerrübe wurde durch Kreuzung der Runkelrübe mit der Wildrübe durch den Franzosen Vilmorin gezüchtet und von Deutschen verbessert.

Sowohl in Baden, als auch in der Pfalz wurde der Anbau von staatlichen Stellen gewünscht und gefördert. Die gebrügelten Teile beider Landschaften schiedem aber für den Anbau aus, so daß sich lediglich in der Rheinebene auf beiden Seiten des Stromlaufes Schwerpunkte des Zuckerrübenanbaus bildeten. Die Weinbaureisende Gemeinden hielten an der Rebe fest und andere in der Nähe wollten lieber Färberkraut und Hanf pflanzen, als die Zuckerrübe, für die, wenigstens in der Pfalz, kein Absatz vorhanden war. Die damaligen Verkehrsverhältnisse machten es notwendig, daß in den Anbaugebieten die Rübe auch gleich verwertet wurde, wenn beides nicht durch weite Transporte unrentabel werden sollte. Es ist schon gesagt worden, daß Baden damit den Anfang machte. Dort war zu Waghäusel die Schutzschneidische Zuckerfabrik entstanden, die Ende der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts besondere Verarbeitungsmethoden der Zuckerrübe entwickelt hatte und sie als Geheimnis sorgfältig hütete. Man sprach im Gegensatz zur französischen Methode von der Schutzschneidischen Methode, die darin bestand, daß man die Rüben schnitt, trocknete und zu Mehl verarbeitete. Zur Auflösung des Mehls und zur Ausscheidung des Zuckers benutzte man Weingeist. Die in Waghäusel gemachten Erfahrungen wurden in der Pfalz sorgfältig beachtet und hier nutzbar gemacht oder wenigstens diskutiert. Bei festen Preisen war in Baden der Absatz der Rüben gesichert und ihr Anbau ein fester Bestandteil landwirtschaftlicher Betätigung geworden, als die pfälzische Regierung damit im Jahre 1838 erst den Anfang machte.

In Zweibrücken war kurz vorher die erste pfälzische Zuckerfabrik entstanden und bald wieder eingegangen. Sie wurde abgelöst durch die Gründung einer Aktiengesellschaft, die unter der Leitung eines Thüringer Fachmannes stand und nach der französischen Methode arbeitete. Im Sommer 1838 gründete auch in Kaiserslautern eine Gesellschaft von 8 Gutsbesitzern eine Zuckerfabrik nach dem Schutzschneidischen System, die im folgenden Jahr 75 000—100 000 Zentner Zuckerrüben zu verarbeiten gedachte. Da aber die Umgebung von Kaiserslautern den Bedarf an Rüben nicht decken konnte, ließ der Betrieb an die bäuerliche Bevölkerung der Rheinebene kostenlos Rübensamen verteilen. Allerdings bestand für die Abnehmer die Verpflichtung, der Fabrik die Rüben um 24 Kreuzer den Zentner abzugeben. Dieser Preis lag erheblich unter dem, der in Baden bezahlt wurde. In Frankenthal hatte sie einen Vertrag über den Anbau von 200 Morgen für Rüben abgeschlossen und damit wohl den Grund zum heutigen Hauptanbauebiet der Pfalz gelegt.

In den Anfängen der Rübenkultur glaubte man, daß dies eine Sache großer Güter sei, die auch die Rüben selbst verarbeitet müßten. Da aber sowohl in Baden als auch in der Pfalz der Grundbesitz sehr stark parzelliert war und besonders in der Pfalz große Güter fast völlig fehlten, waren Fabrikgründungen nicht in dem Maße möglich, wie das die Regierung erwartete. Die Begüterten wollten ihr Geld nicht in Unternehmen stecken, die noch im Anfang der Entwicklung waren und immer wieder neue umwälzende Erfindungen erwarten ließen. Diese Scheu war in der Pfalz noch größer als in Baden, weil man das Gefühl hatte, daß infolge der pfälzischen Rückständigkeit in diesen Dingen die badische Konkurrenz nicht zu schlagen wäre.

Wir sehen, die Anfänge des Zuckerrübenanbaus und der Zuckerrückverarbeitung fallen in der Pfalz und in Baden in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts. Beide Gebiete nahmen damit teil an dem Sieg der Zuckerrübe über das Zuckerrohr. Sie allein aber hätten das nicht schaffen können. Es bedurfte dazu der Technik, der Wissenschaft und der Hilfe aller Länder Europas. Ihnen ist es zu danken, daß der Quell der Süßigkeit gesiebt wird aus heimischem Boden und nicht versiegt. -in-

50 Jahre Majolika-Manufaktur Karlsruhe

Hans Thoma gründete diesen Kunstgewerbebetrieb

Abseits, im Schutz des Hardtwaldes, liegt am Rande der Stadt Karlsruhe die staatliche Majolika-Manufaktur. Ende der neunziger Jahre richtete Hans Thoma in Oberursel im Taunus eine kleine Majolika-Werkstatt ein, die von dem im nahen Kronberg wohnenden Maler Wilhelm Süss geführt wurde. Als Thoma 1899 von Großherzog Friedrich I. an die Kunstakademie als Professor berufen wurde, bewirkte er die Verlegung der Oberurseler Werkstatt nach Karlsruhe, wobei Wilhelm Süss auch hieher versetzt wurde. Im Herbst 1901 wurde offiziell die Großherzogliche Majolika-Manufaktur Karlsruhe gegründet. Namhafte Künstler wirkten von Anfang an in dieser Kunstanstalt mit. Neben die volkstümlichen Arbeiten von Wilhelm Süss und die Wandteller und Majolika-Bilder Hans Thomasa traten bald die keramischen Arbeiten von Karl Maximilian Würtemberger. Immer mehr an Ansehen gewann dieses Unternehmen, an dem später die Bildhauer und Architekten Max Laeuger, Archipenko, Hans Polzig, Otto Barning und Hermann Billing mitarbeiteten und beachtliche Werke schufen.

50 Jahre nun besteht die Badische Majolika-Manufaktur und ihre Meisterwerke haben in aller Welt große Anerkennung gefunden, so konnte das Unternehmen auf der Weltausstellung in Paris und in Monza den Grand Prix erringen. Vielseitig ist das Arbeitsgebiet der Majolika-Manufaktur, die seit 1932 unter der Leitung von Direktor Wilhelm Terjung steht. Hier entstanden monumentaler Wandschmuck, Fliesenbilder und Majolika-Mosaik, Brunnen- und Gartenplastiken, Vasen und Schalen, Tierplastiken und Trachtenfiguren. Nach 1945, als die durch Bomben zerstörten Malerwerkstätten und Brennöfen erst nach und nach wieder aufgebaut werden konnten und Rohstoffschwierigkeiten die Produktion hemmten, entstand hier auch einfache, jedoch künstlerisch gestaltete Hauskeramik.

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Majolika-Manufaktur findet bis zum 10. Dezember eine Ausstellung in Karlsruhe statt, die einen Überblick über die erfolgreiche Entwicklung in den letzten 50 Jahren zeigt und gleichzeitig Einblick gibt in das gegenwärtige Schaffen dieser Kunststätte. -in-

Das „Mahl zu Heidelberg“

In historischer Beleuchtung

„Von Württemberg und Baden die Herren zogen aus, von Metz des Bischofs Gnaden verließ das Gotteshaus. Sie zogen aus zu kriegen wohl in die Pfalz am Rhein. Sie sahen da sie liegen im Sommersonnenschein.“ So beginnt Gustav Schwab sein Gedicht vom Mahl zu Heidelberg, und in meiner Jugendzeit pilgerten wir Mannheimer Bubens manchmal hinaus zum Gedenkstein an „die Schlacht bei Seckenheim“. Dort, auf dem weiten Felde am Rande der heutigen Großstadt wurde vor 500 Jahren eine Entscheidung herbeigeführt, durch die der Pfälzer Kurfürst sich gegen Kaiser und Papst und deren Bundesgenossen zu behaupten mußte. Seine Freunde legten ihm den Ehrentitel „der Siegreiche“ bei, seine Widersacher sprachen vom „bösen Fritz“. Die Gefichtsschreibung muß ihn als eine markante Persönlichkeit anerkennen, die wohl eigenwillig und rücksichtslos, aber auch zum Wohle ihres Landes den Regentenpflichten oblag. Als im Jahre 1449 der treffliche Pfälzer Kurfürst Ludwig IV. das Zeitliche segnete, übernahm sein Bruder, der Pfalzgraf Friedrich, die Regentschaft für seinen einjährigen Neffen, den Kurprinzen Philipp. Der Regent machte sich eigenmächtig zum Herren des Landes und legte sich selbst den Titel eines Kurfürsten bei. Die Versammlung der geistlichen und adeligen Notabeln der Pfalz, die im Jahre 1450 einberufen wurde, stimmte der Selbsterhöhung ihres Landesherren zu, und schon im nächsten Jahr erreichte

der „Kurfürst von eigenen Gnaden“ die Anerkennung des Papstes und die der deutschen Kurfürsten. Nur der Kaiser — Friedrich III. — empörte sich über seinen selbstherrlichen Namensvetter und sagte ihm die Feindschaft an. Der Mainzer Erzbischof, Dietrich von Isenbürg übernahm die Bestrafung des Unbotmäßigen und fiel in dessen Land ein. Nach erbitterten Kämpfen blieb Friedrich Sieger und schloß mit seinem bisherigen Gegner sogar ein Bündnis. Auch die Bundesgenossen des Mainzer Bischofs versöhnten sich mit dem wackeren Gegner. Zu Bruchsal reichete der Pfälzer dem Grafen Ulrich von Württemberg die Hand, jenseits des Rheins fand eine freundschaftliche Zusammenkunft mit dem Grafen von Leiningen und dem Pfalzgrafen von Veldenz statt. Ja, als der Mainzer Bischof dem Papst die Zahlung der willkürlich verdoppelten E-stätigungsgebühren in Höhe von 20 000 Gulden verweigerte, stellte sich sein neugewonnener Pfälzer Freund auf seine Seite. Beide Herren wurden vom Kaiser in die Acht und vom Papste in den Bann getan. „Keine Flüsse, keine Berge, keine Mauern und Schanzen können einer römischen Bulle den Zutritt zu dir verwehren“, eiferte der Papst, als Friedrich einen jeden mit der Todesstrafe bedrohte, der die Bannbulle in pfälzischem Gebiet verkündigen würde. Nun betrat der Kaiser seinen Schwager, den Markgrafen Karl I. von Baden, auf, daß er an dem bösen Fritz Rache nehme. Doch Karl

zeigte dazu zunächst keine Lust. Er berief sich darauf, daß er nicht gegen seinen Lebensherren zu Felde ziehen könne. Da entband ihn der Papst von Lebensleid. Noch einmal versuchte der Badener, eine Aussenhandsetzung mit seinem Pfälzer Nachbarn aus dem Wege zu gehen und schickte seine Söldner in die Grafschaft Nassau, wo sie dem neuen Bischof von Mainz, dem Grafen Adolf von Nassau, Beistand leisteten gegen seinen entthronten Vorgänger, den gebannten und geächteten Erzbischof Dietrich. Doch der war des Pfälzers Freund und Freundschaften gelten etwas bei den Pfälzern. Er kam seinem bedrängten Freund zu Hilfe und fiel in die untere Markgrafschaft ein. Nun mußte sich Karl seiner eigenen Haut wehren. Er beantwortete die Herausforderung des bösen Fritz mit einem Einfall in dessen Land und verheerte Dörfer und Felder bis in die Gegend von Wiesloch. Dann vereinigte er seine Truppen in Pforzheim mit denen des Grafen Ulrich von Württemberg und denen seines jüngeren Bruders, des Bischofs von Metz. Durch Zuzug aus dem Speyerer Bistum wuchs das Heer der Verbündeten auf 8000 Mann an. Auf seinem Zuge durch die Kurpfalz ließ es furchtbare Spuren der Verwüstung zurück. So wird berichtet, daß die Reiter große Baumäste an ihre Pferde gebunden hätten um damit die Felder aufzureißen. Das Städtchen Heidelberg benannten die Verbündeten vergebens. Sie ahnten nicht, daß der Pfälzer Fritz sich selber in der Stadt befand. Der gebrauchte eine Kriegslist und streute das Gerücht aus, er habe sein Land verlassen. Dem schenkten die Herren Glauben und drängten mit 800 Reitern gen Heidel-

berg vor. Am 30. Juni 1462 überfiel sie der Pfälzer Fritz bei Seckenheim und nahm sie alle gefangen. Auf die Nachricht von dieser Niederlage lief das Hauptheer, das in der Gegend von St. Leon lagerte, auseinander. Der badische Markgraf und den Württemberger ließ der Sieger auf das Heidelberger Schloß in sicheren Gewahrsam bringen. Der Bischof von Metz aber nahm unfreiwilligen Aufenthalt in einem Geleß des Schlosses Eichelheim bei Mannheim. Es war derselbe Raum, in dem 46 Jahre vorher des Kurfürsten Vater einen Papst gefangen gehalten hatte.

Weder Kaiser noch Papst konnten ihren willigen Helfern Hilfe leisten. Doch Friedrich der Siegreiche war auch ein kluger Politiker und trieb das Zerwürfnis nicht auf die Spitze, zumal sein Bruder im Jahre 1463 zum Bischof von Köln gewählt wurde und zu dieser Würde die Bestätigung des Papstes brauchte. Der Friedensschluß mit dem Speyerer Bischof bereicherte die Pfalz um einige Dörfer. Der Bischof von Metz wurde nach einjähriger Gefangenschaft gegen ein Lösegeld von 60 000 Gulden entlassen und übernahm zudem noch die Verpflichtung, dem Pfälzer binnen Jahresfrist die päpstliche Absolution zu verschaffen. Tatsächlich hob Pius II. im Jahr 1462 den Kirchenbann auf. Der Württemberger zahlte ein Lösegeld von 100 000 Gulden. Um denselben Preis erhielt der Badener seine Freiheit. Er verzichtete zudem noch auf das Recht, die verpfändeten Städte Eppingen und Heidelberg wieder einzulösen und Pforzheim mußte er als Lehen von Kurpfalz anerkennen. Gehä-